

**B 001                      DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen

**Armutslöhne bekämpfen – die Existenz sichernde Lohnuntergrenze für einen Mindestlohn auf 8,50 Euro erhöhen**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundeskongress bekräftigt die 2006 vom 18. Ordentlichen Bundeskongress mit Initiativantrag 4 beschlossene Forderung nach Entgelten, die eine Existenz sichernde Grundlage bilden müssen.

Die vom DGB-Kongress 2006 beschlossene Untergrenze für einen solchen Einstieg in Höhe von 7,50 Euro wird auf 8,50 Euro erhöht. Sollte der Mindestlohn nicht bis zum 1. Mai 2011 (Eintritt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU) gesetzlich abgesichert sein, wird der DGB-Bundesvorstand beauftragt, die Forderung entsprechend der Entwicklung in den führenden europäischen Industrieländern anzupassen. Der Mindestlohn ist eingebettet in ein Maßnahmebündel, das zum Ziel hat, die Tarifautonomie zu sichern und zu stärken. Der gesetzliche Mindestlohn soll dann als gesetzliche Untergrenze greifen, wenn Tarifentgelte in den jeweiligen Branchen unterhalb dieser Grenze liegen oder in der Branche keine bzw. nur teilweise tariflichen Regelungen gelten. Er darf nicht unterschritten werden. Zu den Instrumenten zur Stärkung der Tarifautonomie und zur Sicherung von gesetzlichen Mindestlöhnen gehören mindestens:

- Erleichterung der Voraussetzungen zur Erteilung der Allgemeinverbindlicherklärung,
- Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche,
- die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes,
- eine gesetzliche Regelung, die ein über dem gesetzlichen Mindestlohn liegendes Tariftentgelt in der jeweiligen Branche sichert.